rathaus · korrespondenz rk gegründet 1861

Montag, 12. Dezember 1977 Blatt 3101

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS ausgesendet: (violett)	Medizinische Vortragsreihe in den Volkshochschulen
Kommunal: (rosa)	Budgetdebatte 1978: Finanzen und Wirtschaft, Kultur Jugend und Bildung
	Bürgerservice-Ausstellung in der Schmidthalle
	"Wien International" mit neuem Präsidium
Lokal: (orange)	100.000 Besucher in der Weihnachtsausstellung
Wirtschaft: (blau)	Teerag-Asdag: Strukturelle Maßnahmen notwendig

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 1-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

.-.

bereits am 10. dezember 1977 ueber fernschreiber ausgesendet

.-.

k o m m u n a l :
=================

landesarbeitsgemeinschaft fuer volksgesundheit:
medizinische vortragsreihe in den volkshochschulen

6 wien, 10.12. (rk) die oesterreichische arbeitsgemeinschaft fuer volksgesundheit, landesarbeitsgemeinschaft wien, im herbst 1975 konstituiert, hat sich die foerderung und pflege der volksgesundheit in wien zum ziele gesetzt. univ.-prof. dr. alois s t a c h e r , praesident der landesorganisation, berichtete freitag im rahmen einer vollversammlung ueber die bisherigen aktivitaeten. so wurde etwa in einer gemeinsamen aktion mit der zentralsparkasse der gemeinde wien und der orf-sendereihe ''wir'' im november des vorjahres eine aufklaerungskampagne ueber bewaehrte mittel der hausmedizin gestartet und mit der herausgabe einer eigenen publikation, einem illustrierten magazin mit dem titel ''gute besserung'' begonnen. die sechs mal im jahr erscheinende zeitschrift wird kostenlos an saemtliche wiener krankenanstalten, ambulatorien und sozialversicherungseinrichtungen, in pflege- und pensionistenheimen, schulen, arztpraxen, apotheken und bezirksaemtern verteilt. sinn und zweck dieser zeitschrift ist es, den leser darueber zu informieren, wie man gesund lebt, aber auch wie man wieder gesund wird.

sehr wesentlich war die beteiligung der oesterreichischen arbeitsgemeinschaft fuer volksgesundheit wien auch an den seniorenwochen 1976 und 1977 in der wiener stadthalle. neben informationskojen gab es unter anderem auch eine gemeinsam mit dem gesundheitsamt der stadt wien installierte gesundheitsstrasse. fuer das kommende jahr kuendigte prof. stacher neben der fortsetzung der bisherigen bemuehungen auf dem gebiet der gesamten volksgesundheit und hygiene auch eine zusammenarbeit mit den wiener volkshochschulen an. so ist fuer das sommersemester 1978 im rahmen der volkshoch-

./.

schulen eine medizinische vortragsreihe unter mitwirkung bekannter mediziner ueber die verschiedensten aktuellen probleme der gesunderhaltung vorgesehen.

bei den anschliessenden neuwahlen wurde zum praesidenten gesundheits- und sozialstadtrat univ.-prof. dr. alois s t a c h e r , zu vizepraesidenten stadtrat walter l e h n e r und landessanitaetsdirektor oberstadtphysikus dr. ermar j u n k e r wiedergewaehlt. der uebrige landesvorstand setzt sich aus vertretern der sozialversicherung, der aerztekammer, des stadtschulrats und der stadt wien zusammen. (zi)
0858

k o m m u n a l :

buergerservice-ausstellung in der schmidthalle

1 wien, 12.12. (rk) seit nunmehr rund einem jahr bemueht sich das buergerservice um bessere information der bevoelkerung ueber einrichtungen der stadt, lebenshilfen und planungsvorhaben. eine uebersicht ueber die taetigkeit dieser einrichtung bietet eine schau in der schmidthalle des rathauses, die bis 5. jaenner taeglich ausser samstag und sonntag zwischen 8 und 18 uhr geoeffnet ist. die palette der themen reicht von ''heizen ohne gefahr'' ueber ''medizin gegen einsamkeit'' bis ''wohin mit geruempel, altreifen und autowracks?''.

es gehoert zu den anscheinend nur sehr schwer zu beseitigenden phaenomenen, dass der buerger einer stadt oft nur wenig darueber informiert ist, welche dienstleistungen ihm die verwaltung bietet. die wenigsten wissen zum beispiel, dass es einen sozialen notruf, einen besuchsdienst fuer einsame gibt, und den weg zum amt gehen viele mit gemischten gefuehlen. ''der wiener soll einfach besser ueber seine stadt informiert werden'', meint stadtrat peter s c h i e d e r , in dessen geschaeftsgruppe das buergerservice faellt. (and)
0847

w i r t s c h a f t :

teerag-asdag: strukturelle massnahmen notwendig

3 wien, 12.12. (rk) die zu fast 100 prozent im eigentum der wiener stadtwerke stehende strassenbaufirma teerag-asdag musste nach vielen jahren mit positiven geschaeftserfolgen in letzter zeit verluste hinnehmen. die in guten geschaeftsjahren angelegten ruecklagen reichen jedoch aus, die verluste abzudecken. fuer die zukunft erscheint es aber notwendig, strukturelle massnahmen einzuleiten. wie die stadtraete hans m a y r und franz n e k u l a der ''rathaus-korrespondenz'' mitteilten, werden diese massnahmen derzeit ueberlegt und ausgearbeitet. mit einer bekanntgabe der plaene ist in absehbarer zeit zu rechnen. (sei)
0925

k o m m u n a l :
==========

gemeinderat (1):

budgetdebatte 1978

4 wien, 12.12. (rk) unter dem vorsitz von buergermeister leopold g r a t z trat heute montag der wiener gemeinderat zu der fuer mehrere tage anberaumten sitzung zusammen, in der das wiener budget fuer 1978 beraten wird. an a n f r a g e n lagen je eine von der fpoe und der oevp vor. von der fpoe wurden zwei a n t r a e g e eingebracht - betreffend eines alljaehrlich vorzulegenden systemisierungsplanes der kraftfahrzeuge der stadt wien sowie betreffend anwendung der grundsaetze des 2. abgabenaenderungsgesetzes bei der anschaffung von dienstkraftwagen fuer den magistrat und die staedtischen unternehmungen. die oevp brachte einen antrag betreffend vorfinanzierung einer neuen allgemeinbildenden hoeheren schule in hietzing ein. (smo) (forts)
1002

gemeinderat (2):

budget 1978 - leistungen fuer ganz oesterreich

6 wien, 12.12. (rk) die aufrechterhaltung eines hohen beschaeftigtenniveaus und das erreichen eines realen wirtschaftswachstums bezeichnete finanzstadtrat hans m a y r (spoe) als die wesentlichsten zielsetzungen des wiener budgets 1978. voraussetzung dafuer ist ein expansives budget und nicht etwa ein restriktives. die ausgaben steigen daher 1978 um 12,7 prozent auf 48.623 millionen und die einnahmen um 11,5 prozent auf 45.853 millionen. diesen zahlen liegt die schaetzung eines realen wirtschaftswachstums von 1 bis 2 prozent und ein weiteres sinken der inflationsrate auf etwa fuenf prozent zugrunde. im budget 1978 sind nicht weniger als 16.674 millionen enthalten, die der erhaltung der vollbeschaeftigung und der arbeitsplatzsicherung nicht nur im wiener raum, sondern in weiten teilen oesterreichs dienen. dazu kommen noch 9.518 millionen ausgaben der wiener stadtwerke. diese 26.192 millionen schaffen, folgt man den

./.

ergebnissen einer untersuchung der wiener wirtschaftsuniversitaet ueber die auswirkungen der wiener investitionen auf die einzelnen bundeslaender, arbeit fuer 387.000 menschen in oesterreich. eindrucksvoller kann wohl nicht gezeigt werden, erklaerte stadtrat mayr, wie stark sich die leistungen, die in wien erbracht werden, bundesweit zur sicherung der arbeitsplaetze auswirken.

die studie der wirtschaftsuniversitaet ergab, dass jede in wien investierte million in niederoesterreich fuer 4,4 arbeitsplaetze auftraege bringt, in oberoesterreich fuer 2,5, im burgenland fuer 2,2, in wien und in der steiermark fuer 1,8, in vorarlberg fuer 1,2 und in salzburg fuer 1,0. fuer kaernten und tirol liessen sich keine nennenswerten auswirkungen nachweisen.

legt man diese daten auf die im budget 1978 und im wirtschaftsplan der wiener stadtwerke vorgesehenen nachfragewirksamen ausgaben um, ergeben sich folgende auswirkungen auf die einzelnen bundeslaender: arbeit fuer 114.000 menschen in niederoesterreich, fuer 65.000 in oberoesterreich, fuer 57.200 im burgenland, fuer 46.800 in wien, fuer 46.800 in der steiermark, fuer 31.200 in vorarlberg und fuer 26.000 in salzburg.

stadtrat mayr ging im weiteren auf die schwerpunkte des wiener budgets 1978 ein. nach wie vor ist der soziale wohnbau ein wesentliches anliegen der wiener stadtverwaltung. fuer 1978 stehen 4.500 millionen an foerderungsmitteln zur verfuegung. damit koennen auf jeden fall rund 6.000 wohnungen neu begonnen werden. daneben werden rund 9.000 wohnungsverbesserungsantraege bewilligt werden koennen.

ein zweiter schwerpunkt ist der oeffentliche nahverkehr. 2.600 millionen erfordert der bau des u-bahn-grundnetzes, 2.626 millionen werden als fremdmittel fuer die wiener stadtwerke aufgenommen, 1.076 millionen uebernimmt die stadt als pensionslasten der wiener stadtwerke, 770 millionen werden den stadtwerken als kapital zugefuehrt und 114 millionen betraegt der beitrag des bundes fuer den nahverkehr. insgesamt machen die leistungen des bundes fuer den nahverkehr im naechsten jahr 690 millionen aus. dem stehen 150 millionen gegenueber, die wien zur zeit der oevp-regierung erhielt.

das gesundheitswesen erfordert 8.000 millionen. schwerpunkt bei den investitionen ist der neubau des allgemeinen krankenhauses, eines spitals mit gesamtoesterreichischer bedeutung fuer pflege und lehre. im hinblick auf die noch ausstehenden verhandlungen zur spitals-

./.

finanzierung richtete mayr an die verhandlungspartner die dringende bitte, eine loesung anzustreben, die sowohl eine gleichmaessig gute qualitative versorgung aller oesterreicher garantiert als auch die kosten fuer diese versorgung gerecht auf die einzelnen bundeslaender aufteilt.

zum wiener budget 1978 liegen zwei antraege der oevp vor. der eine antrag fordert mehr mittel fuer die wirtschaftsfoerderung, fuer den hochwasserschutz, fuer den bau des sozialmedizinischen zentrums ost, fuer den beginn der u-bahn-linie 3 und zum ausbau der s-bahn sowie die gruendung eines wiener wohnhaeusererneuerungsfonds. die mittel fuer den kommunalen wohnbau sollen um 500 millionen gekuerzt und diese gelder zur foerderung von wohnbauten anderer bautraeger verwendet werden. der zweite oevp-antrag fordert die aenderung der kompetenz zu einer etwaigen kuerzung von ausgabenposten vom finanzstadtrat auf den zustaendigen gemeinderatsausschuss. stadtrat mayr empfahl die ablehnung beider antraege.

gebuehrenspiegel

damit der gemeinderat die gebuehren und tarifmaessigen entgelte ueberpruefen kann, wird jaehrlich der gebuehrenspiegel vorgelegt. der heurige gebuehrenspiegel sieht vor, dass bei den beistellgebuehren der feuerwehr, den pruefgebuehren der staedtischen versuchs- und forschungsanstalt, den friedhofs- und feuerbestattungsgebuehren, den schulgeldern und eintrittsgeldern fuer musiklehranstalten, den benuetzungsgebuehren der staedtischen buechereien, den elternbeitraegen fuer schueleressen, den pflegegebuehren in staedtischen heimen fuer kinder und jugendliche, den elternbeitraegen fuer den besuch der kindertagesheime, den gebuehren fuer untersuchungen der hygienisch-bakteriologischen untersuchungsanstalt, den gebuehren fuer desinfektionen und entwesungen, den ersaetzen fuer kieferorthopaedische behandlungen, den ersaetzen fuer arbeiten der physikalisch-technischen pruefanstalt fuer radiologie und elektromedizin, den gebuehren fuer den rettungs- und krankenbefoerderungsdienst sowie den viehmarkt- und schlachthofentgelten eine gebuehrenregulierung vorbereitet und den zustaendigen organen zur entscheidung vorgelegt werden soll.

./.

finanz- und investplan

weiter wird mit dem budget der finanz- und investitionsplan fuer die naechsten fuenf jahre vorgelegt. mayr erklaerte, dass dieser plan nur fuer das jahr 1978 verbindlich sei, waehrend er fuer die folgenden jahre aufzeigt, welche auswirkungen die bisher im wiener gemeinderat getroffenen beschluesse haben. absichten, die durch keinen beschluss gedeckt sind, finden keine aufnahme im finanz- und investitionsplan. (sei) (forts)
1208

gemeinderat (3):

generaldebatte

7 wien, 12.12. (rk) gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) befasste sich mit der von prof. egon matzner verfassten studie ueber die wiener finanzpolitik, die er, matzner, als weg in die sackgasse bezeichnet habe. prof. matzner habe in dieser studie in zweifel gestellt, ob wien auf grund der erbrachten leistungen ueberhaupt eine bessere dotierung aus dem finanzausgleich verdiene. matzner ist vorsitzender einer expertenkommission, die richtlinien fuer die gestaltung kuenftiger finanzausgleiche schaffen soll. als beispiele fuer unbefriedigende leistungen der wiener stadtverwaltung fuehrte hirnschall den bau des allgemeinen krankenhauses, die wiener wohnbaupolitik, den bauring, die gestaltung des karlsplatzes, die stadthalle, den oeffentlichen verkehr und schliesslich die rathausbuerokratie an. der vorliegende budgetentwurf und die fuenfjaehrige finanzvorschau lasse auch einen nicht-finanzfachmann den weg in die sackgasse erkennen.

die fuer das jahr 1978 praeliminierten schulden in der hoehe von 27 milliarden schilling bezeichnete hirnschall als rekord in der zweiten republik. gleichzeitig sei die investitionsquote von 22,4 prozent die geringste seit dem ende des zweiten weltkrieges. es sei zu erwarten, dass der u-bahn-bau eingestellt werden muesse, es muesse vermutlich auf den ausbau der s-bahn verzichtet werden, aber es koennten auch keine neuen spitaeler, keine pflegeheime gebaut werden, der hochwasserschutz wurde um jahre verzoegert.

./.

im jahr 1982 kaemen die ergebnisse der volkszaehlung 1981 voll zum tragen, da durch die bevoelkerungsabnahme mit einem rueckgang der abgabenertragsanteile gerechnet werden muss. dadurch wuerde der bau des allgemeinen krankenhauses und der donauinsel weiter behindert, die u-bahn werde ein torso bleiben. er gab seiner ansicht ausdruck, dass der uebergang von der seinerzeit bestandenen ''rathausmilliarde'' auf den jetzigen schuldenstand nicht durch zu geringe einnahmen begruendet werden koenne. der budgetzuwachs der gemeinde wien sei im jahr 1978 mit 11,5 prozent groesser als der privater haushalte. drei ursachen nannte hirnschall, die seiner meinung nach zur wirtschaftlich schwierigen situation der gemeinde wien fuehrten:

1. ''gemeinde wien kann nicht planen und nicht bauen''. bei u-bahn, beim allgemeinen krankenhaus, bei hallenbaedern, beim weststadion und bei der klaeranlage wurden die praeliminierten kosten nirgends eingehalten. die kostensteigerung sei jedoch in allen faellen staerker als die steigerung des baukostenindex ausgefallen.
2. ''gemeinde wien kann nicht wirtschaften''. hier nannte hirnschall die restaurations- und hotelbetriebe der stadt wien. die fpoe habe gefordert, wien solle sich von den gastronomischen betrieben trennen, oevp und spoe haetten jedoch diesen antrag gemeinsam abgelehnt. das restaurant ''futtertrog'' im besitz der stadt wien wird verkauft, jedoch an die ''wigast'', die selbst mit betraechtlichen wirtschaftlichen schwierigkeiten zu kaempfen habe.
   hinsichtlich der privatisierung kommunaler betriebe trete die fpoe fuer eine differenzierung ein. das von vielen befuerwortern der privatisierung genannte beispiel der stadt lienz koenne nicht ohne weiteres in jedem fall zum tragen kommen. einige kommunale betriebe schieden von vornherein bei den ueberlegungen aus. jedoch verursache die fuehrung gastronomischer betriebe durch die gemeinde nur verluste. auch die odelga sei ein beispiel dafuer, dass sich durch das nahverhaeltnis zur gemeinde wien keine vorteile erzielen liessen. und warum sei die gemeinde wien an der austrovieh beteiligt? immer wieder haette sich aus exporten ein wirtschaftlicher nachteil ergeben, die steuerzahler koennten kein interesse daran haben, dass die austrovieh der gemeinde gehoere.

./.

3. ''wien kann nicht sparen''. zahlreiche subventionen (prof. freyler, compress und andere) zeigten, dass weiterhin aus dem vollen geschoepft werde und es auf eine million mehr oder weniger nicht ankomme.

die wiener fpoe werde das budget ablehnen, schloss hirnschall. er brachte ferner 2 antraege ein, und zwar auf kuerzung der ausgabenpost ueber 200 millionen s fuer den ankauf von wertpapieren und senkung des ansatzes fuer unvorhergesehene ausgaben. (and)
(forts.)
1217

gemeinderat (4):

generaldebatte (forts.)

10 wien, 12.12. (rk) mit 5,4 milliarden bezifferte gr. h a h n (oevp) den achten budgetabgang ohne stadtwerke. die verschuldung betrage - ebenfalls ohne stadtwerke - 21,7 milliarden, das sind 44,6 prozent des gesamtbudgetvolumens. schon wegen der zahlreichen belastungen und tariferhoehungen muesse die oevp das budget ablehnen. in den vergangenen jahren habe die oevp immer wieder abaenderungsantraege gestellt, die von der spoe stets abgelehnt und spaeter dann verwirklicht worden seien. so sei diesmal eine kapitalaufstockung fuer die wiener stadtwerke in der hoehe von 770 millionen vorgesehen. haette man die oevp-vorschlaege seit 1974 in der gesamthoehe von 681 millionen beruecksichtigt, haette man sich bei den stadtwerken gewaltige zinsenlasten erspart. die echten zusaetzlichen zahlungen belaufen sich allerdings nicht auf 770 millionen, sondern nur auf 100 millionen. in den 770 millionen seien naemlich 335 millionen aus der alten ruecklage fuer nicht verbrauchte mittel aus dem donauhochwasserschutz sowie 55 millionen nahverkehrszuschuss, 240 millionen fuer floridsdorfer bruecke und linie 64 und 40 millionen fuer den engelsplatz enthalten.

der ausbau der betriebsbaugebiete sei von der oevp im vorjahr verlangt worden, heuer werde diese post erhoeht angesetzt. 1976 habe die oevp bereits eine vorfinanzierung des ausbaus der vorortelinie und der u 3 verlangt. diese forderung werde heuer wiederholt. die probleme des oeffentlichen verkehrs in wien koennen ohne kledering (zentraler verschubbahnhof) nicht geloest werden, den verkehrs- und

./.

den finanzminister lasse dies aber kalt. haette die oevp die planlosigkeit beim bau des allgemeinen krankenhauses nicht so scharf kritisiert, waere es nie zu einer besserung gekommen. im vorjaehrigen investitionsplan seien 600 millionen eingesetzt gewesen, nun sind 830 millionen im budget. dies sei ein gigantischer sprung. bei der hauptklaeranlage seien im budget 1978 die vorstellungen der oevp verwirklicht.

die gebrauchsabgabe sei um 56 prozent erhoeht worden, die wassergebuehren werden mit der letzten erhoehung um 86 prozent erhoeht, die steigerung bei der muellabfuhr belaufe sich auf 71 prozent. dies seien nur einige gewaltige erhoehungen. schuld an dieser belastungsschraube sei der bund. der prozentsatz der gemeinsamen ertragsanteile aus den bundesabgaben sei staendig gesunken. 1974 betrugen die ertragsanteile noch 35 prozent der gesamten einnahmen der stadt wien, 1978 werden sie mit 27,6 prozent veranschlagt. die gesamteinnahmen stiegen von 1974 bis 1978 um 68 prozent, die ertragsanteile dagegen nur um 32 prozent.

die verschuldung der stadt wien steige in einem ausmass, dass die arbeitsplaetze nicht mehr gesichert werden koennen. die zinsen werden immer hoeher.

die investitionsrate sei in den letzten fuenf jahren sinkend. hahn begruendete den abaenderungsantrag der oevp:

fuer das sozialmedizinische zentrum ost sollen 50 millionen eingesetzt werden. versprochen sei es seit 1964, im investitionsplan bis 1982 sei noch immer nichts dafuer vorgesehen.

auf dem gebiet des oeffentlichen verkehrs soll eine vorfinanzierung an die oesterreichischen bundesbahnen in das budget aufgenommen werden.

die mittel fuer den ausbau der rechten donau-hochwasserschutzkante sollen erhoeht werden.

die gaenzliche widmung des kulturschillings fuer die altstadterhaltung werde von der oevp seit zwei jahren gefordert. die oevp sei fuer die verlaengerung der u 1 nach sueden, dies koenne aber kein ersatz fuer den bau der u 3 sein.

der kommunale wohnbau erfahre eine wesentliche ausweitung, habe sich in den letzten fuenf jahren verdoppelt. die mittel fuer die gemeinnuetzigen wohnbauvereinigungen wurden dagegen gekuerzt, sie muessen weiter auf zuteilungen warten, manche schon seit 1974. die oevp

./.

verlange daher eine senkung der mittel fuer den gemeindewohnbau - nicht weil sie gegen den kommunalen wohnbau sei, sondern weil sie gleiche startbedingungen fuer alle wuensche.

ebenso wichtig wie der neubau von wohnungen sei die wohnungsverbesserung. die oevp beantrage die schaffung eines wohnhauserneuerungsfonds. die stadt wien solle vor allem den zinsendienst uebernehmen.

die abaenderungsantraege der oevp in den letzten fuenf jahren haetten insgesamt 2,5 milliarden schilling gekostet. aber allein beim bauring haette man 1,4 milliarden sparen koennen, durch die vermeidung von kostensteigerungen, die infolge von fehlplanungen und zu langer bauzeit eingetreten seien, weitere 3,4 milliarden. dazu kommen eine milliarde aus den drei grossprojekten u-bahn, allgemeines krankenhaus und donauinsel, die man einsparen haette koennen, sowie hunderte millionen fuer infrastruktureinrichtungen in stadterweiterungsgebieten. auch bruecken seien aus nachlaessigkeit eingegangen.

zahlreiche versprechungen und vorschlaege des buergermeisters - so das projekt freyung, der umbau des ehemaligen polizeipraesidiums am parkring in ein pensionistenheim und das zusaetzliche uno-konferenzzentrum - seien nicht verwirklicht worden. (ger) (forts)
1305

l o k a l :

100.000 besucher in der weihnachtsausstellung

8 wien, 12.12. (rk) mehr als 100.000 menschen haben bereits die weihnachtsausstellung in der volkshalle des wiener rathauses gesehen, die seit dem 26. november geoeffnet ist. die ausstellung - taeglich von 10 bis 19 uhr bei freiem eintritt zugaenglich - zeigt unter anderem eine historische krippenschau, spielzeug aus dem 18. und 19. jahrhundert, schauarbeiten von groedner holzschnitzern und der stoober keramikwerkstaette, eine grosse modelleisenbahnanlage, einen weihnachtskunstmarkt und ein schauprogramm unter dem motto ''weihnachten im maerchenwald''. zusaetzlich finden taeglich zwischen 16 und 16.30 uhr kasperltheater-vorstellungen statt. an freitagen, samstagen, sonn- und feiertagen zwischen 17 und 18 uhr sowie am 24. dezember, um 16.30 uhr, finden im festsaal des rathauses chor- und musikdarbietungen sowie weihnachtliche lesungen statt. bestritten werden diese programme unter anderen von den saengerknaben st. florian, den rieder schulspatzen, dem chor der bachgemeinde wien, einem zitherensemble, prof. wilhelm rudniger und guenther frank. (may)
1220

k o m m u n a l :

gemeinderat (5):

generaldebatte (forts)

11 wien, 12.12. (rk) ''wenn man auf die anregungen der oevp zur beschaeftigungspolitik gewartet haette, so haetten heute wahrscheinlich tausende oesterreicher mehr zeit'', stellte gr. b r a u n (spoe) fest. das budget an sich sei nicht nur die summe aller ausgaben und einnahmen, sondern der ausdruck des gesellschaftspolitischen handels, eben des handels der vollbeschaeftigungspolitik der spoe. wenn gr. hahn die bilanz seit 1973 als schlecht bezeichne und gleichzeitig eine reihe grosser bauvorhaben aufzaehle, die in naechster zeit fertiggestellt werden, so zeige dies deutlich die widersprueche der oevp. die wirtschaftliche entwicklung wuerde aber nur dann tatsaechlich negativ verlaufen, wenn man den dingen freien lauf liesse und keine gegenmassnahmen ergreife.

die ganze welt sei derzeit von der groessten wirtschaftskrise seit den dreissigerjahren betroffen, was gerade in den kleinen wirtschaftsbereichen wie in der schweiz und in oesterreich besonders stark zum ausdruck komme. waehrend die schweiz jedoch einen export an arbeitslosen liefere, wurden in oesterreich verstaerkt massnahmen zur arbeitsplatzsicherung durchgefuehrt. die bemuehungen in wien, wie zum beispiel die kredite der arbeiterkammer, lassen sich nicht einfach wegleugnen. und wenn gr. hahn feststelle, dass wien die hoechste verschuldung aller bundeslaender aufweise, so vergesse er, dass man wien mit den anderen bundeslaendern nicht vergleichen koenne, ohne gleichzeitig die gemeindeeinnahmen und -ausgaben zu beruecksichtigen.

haette man die antraege der oevp im laufe des jahres 1977 beruecksichtigt, so waeren der stadt wien daraus mehrkosten von 5.277 millionen entstanden. die oevp fordere zwar punktuell mehr budgetmittel, unterschaetze aber die notwendigen ausgaben, die eine millionenstadt im dienste ihrer buerger aufzubringen habe, wie investitionen fuer schulen, spitaeler, den verkehr fuer die kanalisation und vieles andere. die grossen investitionen haben zwar

./.

die liquiditaet der stadt beeintraechtigt, trotzdem sei eine budgetsteigerung bei allen geschaeftsgruppen, ausgenommen bei verkehr und energie zu verzeichnen. bei der geschaeftsgruppe finanzen und wirtschaft sei das sinken der grundsteuer gegenueber den steigenden foerderungsmitteln auffallend, bei gesundheit und soziales die steigende kapazitaet der sozialen dienste, bei bauten die deutliche erhoehung des strassenbaus, der fussgaengerzonen und des brueckenbaus, bei den staedtischen dienstleistungen der mehraufwand fuer baeder. die streichungen bei verkehr und energie bedeuten entgegen der oevp-propaganda nicht, dass die verlaengerung der u 1 ein ersatz fuer die u 3 sei.

nahtlos an die kampagne gegen die stadt schliesse die oevp-diskussion ueber die reprivatisierung an. die gemeinwirtschaft und die einrichtungen der gebietskoerperschaften seien ein sehr wesentlicher faktor, die lebensqualitaet zu sichern. seit 1974 sei die beschaeftigung in der verstaatlichten industrie von 104.000 auf 116.000 gestiegen. gemeinwirtschaftliche aufgaben, wie die bewaeltigung des verkehrs, kanalisation, die muellbeseitigung, koennen nur zu einem ganz kleinen teil von privaten uebernommen werden.

ein zukuenftiger spoe-schwerpunkt werde die foerderung der industrie im staedtischen lebensraum sein. das problem dabei sei vor allem der platzmangel und die verkehrsbedingungen. der vorteil von industriegebieten in der stadt seien der differenzierte arbeitsmarkt und zentrale absatzstellen. mit ihrer staendigen verunsicherungspolitik habe sich die oevp selbst zum nicht mehr ernst zu nehmenden partner abgestempelt, zu der hoffnungslos konservativen nein-sagerpartei dieser stadt. (ba) (forts)
1330

gemeinderat (6):

generaldebatte (forts)

12 wien, 12.12. (rk) ob das jahr 1978 fuer wien ein gutes jahr wird, ist im grossen ausmass von der bundespolitik abhaengig, erklaerte stadtrat n e u s s e r (oevp). in dieser hinsicht war es jedoch noch nie so schlecht: die spoe-bundesregierung laesst wien im stich, waehrend seinerzeit die oevp-regierung weit mehr fuer wien getan hat. beispiele: der 50prozentige bundeszuschuss der oevp-

./.

regierung ist waehrend der spoe-regierung unter 20 prozent gesunken. eine gleiche benachteiligung ist auf dem bautensektor festzustellen. wie lang wird schon ueber die uebernahme der kosten fuer die floridsdorfer bruecke mit dem bund verhandelt?

das handelsministerium hat wien bei existenzgruendungskrediten und bei der foerderung von lehrlingsplaetzen ausgeschlossen. besonders beleidigt der bundeskanzler nicht nur wien, sondern alle oesterreicher, wenn er die unternehmer als steuerhinterzieher bezeichnet, oesterreich als zu teuer hinstellt und sich selbst auf mallorca einen alterssitz erbaut. nicht die oevp, sondern die regierungspartei erweist sich als nein-sager-partei fuer wien.

mit der sorge um die arbeitsplaetze in wien ist jedoch die oevp einer meinung mit spoe-gemeinderat braun, auch wenn er falsche zahlen genannt hat. es war die oevp, die aufmerksam gemacht hat, dass in naechster zeit 300.000 arbeitsplaetze fehlen werden. es waren und sind vor allem private betriebe, zugegebenermassen aber auch die gemeinde wien, die besonders fuer junge leute arbeitsplaetze bereitgestellt haben. das konkrete programm der oevp zur arbeitsplatzsicherung wurde jedoch nicht einmal in erwaegung gezogen.

nicht die oevp ist die nein-sager-partei und die partei der verunsicherung, sondern die bundes-spoe, die mit jahresbeginn 1978 mit der erhoehten mehrwertsteuer und anderen massnahmen fuer preissteigerungen und damit fuer die verunsicherung der bevoelkerung sorgt.

zur wiener situation erklaerte stadtrat neusser, dass die oevp ganz bewusst eine erhoehung der mittel zur wirtschaftsfoerderung von 41 auf 90 millionen gefordert hat. es besteht nicht nur die gefahr der arbeitsplatzverluste in wien, sondern es muessten auch 13.000 neue arbeitsplaetze geschaffen werden. falsch sind daher die abschaffung der kleinhandelskredite und der getraenkesteuerkredite, womit man besonders den kleinbetrieben wehtut.

die foerderung fuer betriebsansiedlungen in wien ist durchaus zu begruessen, trotz gewisser kinderkrankheiten. sie muesste jedoch weiterreichen zur erhaltung der neugeschaffenen arbeitsplaetze, zur erzeugung neuer produkte.

stadtrat neusser wehrt sich abschliessend gegen die falsche zahl von 5 milliarden, die angeblich die oevp-antraege kosten. in wirklichkeit wuerden sie nur 520 millionen beanspruchen.

./.

abschliessend zum referat von stadtrat mayr, dass 26,2 milliarden an investitionen eingesetzt werden: das ist richtig, das brauchen wir. es ist nur zu befuerchten, dass ein grossteil davon in den saeckel des finanzministers fliesst. die oevp ist jedenfalls fuer wien, sie ist bereit, alle positiven massnahmen zu unterstuetzen, sie sagt jedoch nein zu aller parteipolitischen propaganda. (smo)
(forts)
1340

gemeinderat (7):

generaldebatte (forts)

15 wien, 12.12. (rk) wir werden nicht zulassen, eine politik von der hand in den mund zu betreiben und die wirtschaftliche und finanzielle situation unserer stadt ruinieren zu lassen, erklaerte gr. e d l i n g e r (spoe). die wiener oevp stellt immer wieder antraege, ohne sich um die finanzierung dieser antraege zu sorgen. allein in den letzten vier jahren haetten die antraege der wiener oevp mehrausgaben von rund zehn milliarden schilling verlangt und gleichzeitig sieben milliarden mindereinnahmen gebracht. dadurch waere die finanzsituation unserer stadt um 17 milliarden schlechter geworden.

das wiener budget 1978, so edlinger, ist unter zwei gesichtspunkten zu sehen: es setzt die kontinuitaet der bisherigen kommunalpolitik in wien fort und es stellt die weichen fuer die zukunft. so werden 1978 vom wohnbau mit fast drei milliarden schilling, vom nahverkehr mit ueber sieben milliarden und von den kranken- und wohlfahrtsanstalten mit 1,3 milliarden wesentliche impulse fuer die wirtschaft ausgehen. der oevp fehlen dagegen auf der kommunalen ebene wiens politische plaene: 500 millionen vom kommunalen wohnbau weg, baugruende, die der stadt gehoeren, an private verkaufen und schon ist die wohnbausituation fuer die oevp in ordnung. dadurch wird kaum mehr gebaut werden, aber profite zu lasten der wohnungswerber erzielt werden koennen, erklaerte edlinger. die oevp versucht, durch oberflaechliche betrachtungen politisches kapital zu schlagen. so meinte gr. hahn kuerzlich in einem zeitungsartikel, dass in

./.

naechster zeit im 17. und 18. bezirk nur hundert wohnungen gebaut werden. tatsaechlich sind es aber 1.054 wohnungen, die dort im bau sind. gleichzeitig hat die oevp vor wenigen wochen das groesste geplante wohnbauvorhaben im 18. bezirk, die wohnhausanlage auf den sandberggruenden, verhindern wollen. hier zeigt sich der wahre charakter der angeblichen pro-wien-haltung der oevp.

edlinger ging im folgenden auf die probleme des oeffentlichen verkehrs, der stadtentwicklung und der verfassungsnovelle fuer wien ein. besonders setzte er sich mit der von der oevp in letzter zeit verstaerkt geforderten privatisierung von oeffentlichen einrichtungen auseinander. die oevp arbeitet mit der milchmaedchenrechnung, die privatwirtschaft koenne die dienste besser und billiger erbringen. den wichtigen gesichtspunkt, dass die bevoelkerung mit lebenswichtigen dienstleistungen reibungslos und zu erschwinglichen preisen versorgt werden muss, eroertert die oevp nicht. es klingt wie eine ironie, dass bei derselben tagung des wirtschaftsbundes, auf der die forderung nach reprivatisierung der gemeindebetriebe erhoben wurde, klage darueber gefuehrt worden ist, dass allein in niederoesterreich schon 204 orte keinen kaufmann mehr haben, weil sich dort eben zu wenig verdienen laesst. ein anderes beispiel aus letzter zeit. die firma suedburg, die im mittleren burgenland den oeffentlichen autobusliniendienst unterhielt, geriet so sehr in schwierigkeiten, dass der liniendienst und auch der schuelerverkehr arg gefaehrdet waren. erst im letzten augenblick konnte durch dritte die insolvente firma weitergefuehrt werden. auf dauer ist ein oeffentlicher dienst am besten durch die oeffentliche hand gesichert, meinte edlinger.

edlinger ging abschliessend auf das problem der sicherheit ein. er erwaehnte den sicherheitsplan des buergermeisters aus dem jahr 1975, der bereits die ersten erfolge zeigt: durch die verjuengung der rayonsdienst versehenden beamten und die verstaerkung des streifendienstes kann nun die ueberwachung oeffentlicher anlagen verstaerkt werden. die errichtung neuer wachzimmer und die ausbildung von polizeischuelern gehoeren ebenfalls zu diesem sicherheitsplan. edlinger wandte sich scharf gegen den terrorismus als eine form der kriminalitaet. er sprach sich aber auch dagegen aus, einzelne grundlos zu verdaechtigen, ob es sich um junge menschen, menschen im kulturbereich oder journalisten handelt. mit diffamierungen kann man diese erscheinungen sicherlich nicht bekaempfen.

./.

abschliessend ging edlinger noch einmal auf die wiener oevp ein. selbst ein autor der oevp gab dieser partei den ratschlag, die oevp moege sich zu einem glaubhaft demonstrierten wien-bekenntnis aufraffen. die sozialisten haben ein solches bekenntnis nicht noetig, weil das wien-bewusstsein der spoe tief in den herzen der menschen verwurzelt ist, schloss edlinger. (sei) (forts)
1547

gemeinderat (8):

generaldebatte (forts)

16 wien, 12.12. (rk) gr. dr. w o e b e r (oevp) bezog sich auf einen juengst erschienenen oecd-bericht, aus dem hervorgeht, dass in den letzten jahren ueber die waehrung stabilisiert worden sei und durch die stabilisierungsbemuehungen ueber billigimporte inlaendische produkte ruiniert worden seien. diese kurzfristigen massnahmen kosteten nun viel geld. woeber stellte die frage, warum auf der einen seite die gemeinwirtschaft hochgejubelt werde, auf der anderen seite aber das kabel-fernsehen an eine private firma und nicht zum beispiel an die verstaatlichte firma siemens vergeben worden sei. am beispiel der vom finanzstadtrat vorgelegten zahlen ueber die multiplikatorfunktion der investitionen errechnete woeber, dass durch die vom bauring verursachten verluste 22.860 arbeitsplaetze verschwendet worden seien. auch sei die ''hue-hott-politik'' keine geeignete massnahme fuer die wirtschaft. solange bei guenstiger wirtschaftlicher lage im ausland die verhaeltnisse in oesterreich gut gewesen sind, sei dies auf die richtige oesterreichische wirtschaftspolitik zurueckgefuehrt worden. war es jedoch im ausland schlecht, sei immer erklaert worden, die unguenstigen wirtschaftsverhaeltnisse im ausland seien schuld an der misslichen lage in oesterreich.

gr. woeber fuehrte weiter aus, dass die bundespolitischen massnahmen auch von betraechtlichem einfluss auf wien seien. habe wien 1967 noch 40,3 prozent seiner einnahmen aus dem finanzausgleich be-

./.

stritten, seien es 1971 nur mehr 38,8 prozent gewesen, 1975 33,3 prozent, 1976 32,8 prozent, und der voranschlag 1978 spreche sogar nur mehr von 27,6 prozent. die versuche der verschleierung dieser politik wuerden in der oeffentlichkeit als schwaeche erkannt.

der redner brachte hierauf eine a n f r a g e an den finanzstadtrat, betreffend verschuldung und finanzbedarf der stadt wien ein. ein weiter vorgebrachter a n t r a g sieht eine sperre von ermessenskrediten entsprechend den erfordernissen der jeweiligen konjunkturlage vor.

zum gebuehrenspiegel stellte woeber fest, dass nunmehr ein trend zu erkennen sei, auch fiktive kosten aufzunehmen, zum beispiel die verzinsung von friedhofsanlagen, aber auch die kosten von klaeranlagen. die spoe verlange nunmehr bei kommunalen leistungen zinsen fuer geld, das die bevoelkerung schon einmal aufgebracht hat. es sei deutlich, dass die spoe eine neue belastungswelle vorbereitet.

der redner zitierte sodann aus der zeitschrift ''die zukunft'' aeusserungen von egon matzner, wonach dann, wenn wien in den letzten jahren doppelt so viele mittel gehabt haette, auch die probleme groesser gewesen waeren. matzner habe auch gesagt, man koenne meinen, dass man dort, wo man das rathaus vermutet, ein ratloses haus finde. der vorgelegte finanzplan muesse eher als ''finanzlueckenvorschau'' angesehen werden. die oevp habe vor dem bau der donauinsel gewarnt. nach ihrer ansicht haette man andere prioritaeten vorziehen muessen.

die hohe bedeutung der investitionen als multiplikator mache besonders den rueckgang der investition gemessen am gesamtbudget bedenklich. waren im voranschlag 1972 noch 31,8 prozent fuer investitionen vorgesehen, sei dieser anteil im jahr 1977 auf 23,4 prozent gesunken und werde 1978 sogar nur bei 22,2 prozent liegen. im jahr 1982 wuerde sogar nur mehr ein achtel oder ein zehntel des gesamtbudgets fuer investitionen zur verfuegung stehen.

die oevp sei der ansicht, es muesse mehr auf dem spitalssektor geschehen, aber auch die schaffung eines verkehrs- und eines energiekonzepts sei laengst faellig. es muessten schliesslich auch infrastrukturinvestitionen gesetzt werden und statt der stadterweiterung muesse echte stadterneuerung erfolgen. (and)

gr. s a l l a b e r g e r (spoe) wandte sich gegen pauschalurteile, dass die wirtschaftliche entwicklung katastrophal sei.

./.

oesterreich befinde sich wirtschaftlich im internationalen spitzenfeld. die sozialisten wissen, dass in der privatwirtschaft gewinne erwirtschaftet werden muessen, um notwendige investitionen vornehmen zu koennen. verluste gebe es allerdings in hoher zahl auch in der privatwirtschaft.

die oevp werfe der wiener stadtverwaltung einerseits eine falsche wirtschaftspolitik und zu langsame entscheidungen vor, andererseits gehe es ihr dann bei raschen entscheidungen - wie bei der floridsdorfer bruecke und bei der reichsbruecke - zu schnell. der wegfall der getraenkesteuer-kreditaktion sei von der oevp als problematisch bezeichnet worden. dabei werde jedoch uebersehen, dass es auf bundesebene eine aehnliche foerderungsaktion weiterhin gebe. wesentlich sei eine schwerpunktmaessige wirtschaftsfoerderung. ein gutes beispiel fuer eine richtige wirtschaftsfoerderung sei die aktion baurechtsgruende. diese politik der forcierten ansiedlung von gewerbebetrieben werde fortgesetzt. zu den bisherigen 550 millionen fuer die industrieansiedlung werde eine weitere milliarde zur verfuegung gestellt. es muesse weiterhin versucht werden, das bundes- und die gemeindebudgets in ordnung zu halten. die einfuehrung des dritten mehrwertsteuersatzes soll dazu dienen, die zahlungsbilanz unseres landes wieder in ordnung zu bringen. (ger) (forts)
1557

gemeinderat (9):

generaldebatte (schluss)

17 wien, 12.12. (rk) in seinem schlusswort zur generaldebatte nahm finanzstadtrat hans m a y r zur kritik der oevp stellung: wenn angeblich alle positiven dinge, die in dieser stadt passieren, auf oevp-antraege zurueckgehen, warum - so fragte mayr - kritisiere dann die oevp die gesamtbilanz. die gesamtsumme der investitionen von 1974 bis 1978 betrage 46.518 millionen. die oevp habe in dieser zeit

./.

verschiebungen um 2.500 millionen, also etwa 6 prozent, beantragt. einer politik zu 94 prozent zuzustimmen und sie dann anschliessend zu verurteilen, sei ein voellig unverstaendliches vorgehen. ebenso koenne mayr nur wenig verstaendnis fuer eine debatte aufbringen, in der man alte prozentsaetze vergleicht, obwohl die basis der prozentrechnungen veraendert wurde.

die oevp-forderung, die floridsdorfer bruecke solle in die ''betreuung'' des bundes uebernommen werden, erscheint mayr zu wenig: die verhandlungen muessen dahingehend gefuehrt werden, dass die floridsdorfer bruecke vom bund finanziert wird. eine schwierigkeit bestuende darin, dass die floridsdorfer hauptstrasse ab dem floridsdorfer spitz nicht bundesstrasse, sondern eine gemeindestrasse ist.

die klein- und mittelbetriebe der stadt muessten nach wie vor gefoerdert werden, doch betriebe die meist unter zehn arbeiter beschaeftigen, sind allein kein genuegend starker motor in zeiten des konjunkturaufschwungs. zur reprivatisierungsdiskussion stellte mayr fest, dass betriebe, von denen das funktionieren einer millionenstadt abhaengt, besonders kontrolliert werden muessen, um das ausnuetzen einer monopolstellung zu verhindern. als weitere richtigstellung betonte mayr, dass die wigast lediglich die werkskueche beziehungsweise das buffet der stadthalle uebernommen habe.

energisch wies mayr auch die kritik der budgetverschleierung von sich. er habe sich im gegenteil stets bemueht, die finanzlage der stadt klar und offen darzulegen. (ba) (forts)
1602

gemeinderat (10):

debatte ''kultur, jugend und bildung''

18 wien, 12.12. (rk) mit einem mehr am rande liegenden problem setzte sich in der debatte zum kapitel ''kultur, jugend und bildung'' gr. dkfm. b a u e r (fpoe) auseinander: mit der schulmilchaktion, die in wien, im gegensatz zu anderen bundeslaendern, nicht funktioniert, weil die schulwarte bedenken gegen die mehrarbeit haben. in einem a n t r a g verlangte der redner, vorsorge zur durchfuehrung der schulmilchaktion zu treffen.

./.

beim ansatz fuer die buechereien kritisierte bauer die verminderung um 7,2 prozent auf 55,8 millionen, waehrend das gesamtbudget eine erhoehung von 12,8 prozent aufweist. diese bedauerliche entwicklung ermoeglicht es nicht, zusaetzliche leser zu gewinnen. man kann nicht damit zufrieden sein, dass nur 5,6 prozent der wiener bevoelkerung die staedtischen buechereien benuetzen. besonders sind 4,5 millionen s zur ergaenzung und erweiterung der bestaende zu wenig, weil eine buecherei in konkurrenz zu den elektronischen medien viel mehr nachschlagwerke, fachpublikationen etc. haben muesste, die mittels edv-anlagen jederzeit rasch abrufbar sein sollten. zu einem ''evergreen'' der budgetdebatten, naemlich dem kulturschilling, meinte der redner, dass auch im kommenden jahr nur 60 millionen fuer die altstadterhaltung, hingegen 43 millionen fuer andere kulturelle foerderungen vorgesehen sind, obwohl bereits das kontrollamt vorgeschlagen hat, den gesamten kulturschilling der altstadterhaltung zuzufuehren. 28 prozent werden wieder widmungs- und gesetzwidrig verwendet werden, behauptete bauer. in zwei f p o e - a n t r a e g e n wird die hunderprozentige widmung des kulturschillings fuer die altstadterhaltung verlangt.

in einer a n f r a g e wird weiter aufschluss verlangt, wie weit dem vor einem jahr geaeusserten wunsch des gemeinderates, weibliche musiker bei den symphonikern einzusetzen, rechnung getragen wurde.

abschliessend verwahrte sich der redner gegen subventionen fuer das ''umfeld des terrorismus'', die seiner meinung nach unter anderen in chansons von georg kreissler und topsy kueppers zum ausdruck kommen, deren ''freie buehne wieden'' immerhin mit 800.000 schilling subventioniert wurde. (smo)

die kulturpolitik des rathauses ist unentschlossen, mit halben massnahmen koennen probleme nicht geloest, sondern nur verschleppt werden, erklaerte gr. dr. erika d a n z i n g e r (oevp). so kam es bisher bei der nutzung des deutschmeister-palais, des ronachers und in der frage der gesetzlichen regelung der erwachsenenbildung und der einfuehrung von langzeitstipendien fuer kuenstler noch zu keiner loesung.

dr. danzinger kritisierte die undurchschaubare subventionsvergabe und stellte den a n t r a g , die foerderungs- beziehungsweise

./.

dr. danzinger kritisierte die undurchschaubare subventionsvergabe und stellte den a n t r a g , die foerderungs- beziehungsweise subventionsmittel sparsamer und zweckmaessiger zu verwenden. weiter soll jenen gemeinderatsausschuessen, in denen foerderungen und subventionen vergeben werden, vierteljaehrlich ein schriftlicher uebersichtsbericht ueber alle in diesem zeitraum eingetroffenen ansuchen vorgelegt werden, der umfassende angaben ueber taetigkeit, foerderungszweck und dergleichen enthalten soll.

das budget 1978 benachteiligt das buechereiwesen krass. wiederum kommt es nicht zur so notwendigen ausweitung des personalstandes, und die baulichen herstellungen sind viel zu gering dotiert.

die stadt unterstuetzt privatinitiativen zu wenig. dem kuenstlerhaus koennte mit relativ wenig geld geholfen werden, waehrend in die stadthalle millionen fliessen. eine rasche sanierung des problems kuenstlerhaus waere wuenschenswert. (sei) (forts)
1649

gemeinderat (11):
debatte ''kultur, jugend und bildung'' (forts)

19 wien, 12.12. (rk) gr. franziska f o h l e r (spoe) fuehrte aus, dass die bezirksjugendaemter und gerichte durch ihre rasche arbeit auf grund des unterhaltsvorschussgesetzes bereits massgebliche soziale leistungen erbringen konnten. im jaenner 1978 wird das neue kindschaftsrecht in kraft treten, das uneheliche und eheliche kinder so weit wie moeglich gleichstellen wird.

seit maerz 1977 erhalten alle eltern nach der geburt ihres ersten kindes die ''elternfibel''. eine weitere fibel, die im maerz 1978 erscheint, wird sich mit dem zweiten und dritten lebensjahr befassen. im november 1977 wurde in favoriten (ada christen-gasse) ein familienberatungszentrum geschaffen, das bezirksjugendamt, mutterberatung, elternschule, psychologische beratung, gruppenarbeit und intensivbetreuung umfasst. fuenf sozialarbeiter und ein psychologe sind dort taetig. es handelt sich dabei um die erste derartige einrichtung in oesterreich. ein zweites familienberatungszentrum werde in floridsdorf, schlosshofer strasse, entstehen. derzeit gebe es 16 elternschulen, und in nahezu allen entbindungskliniken seien woechnerinnenkurse eingerichtet.

-/.

im rahmen der heimerziehung konnten kleinere gruppen geschaffen werden, ausserdem wohngruppen statt heime fuer kinder. 880 lehrlinge werden staendig vom jugend-berufsfoerderungsreferat betreut.

das jugendamt bemuehe sich, kinder schon im saeuglingsalter zu vermitteln. bis oktober 1977 konnten 72 kinder zu adoptiveltern vermittelt werden. erfreulich ist die tatsache, dass 352 adoptiveltern vorgemerkt, aber nur 52 kinder zur adoption freigegeben sind.

im jaenner 1978 wird das jugendamt eine enquete ueber aufgaben und zielsetzungen bei der aufnahme von adoptivkindern abhalten. waehrend im jahr 1976/77 sechs legasthenikerkurse abgehalten wurden, sind fuer das laufende schuljahr zwoelf derartige kurse vorgesehen. im jahr 1977 wurden in zwei bezirken sozialpaedagogische beratungsstellen eingerichtet, dadurch konnte vielen kindern die wiederholung einer klasse erspart werden.

besondere bedeutung wird den kindertagesheimen beigemessen, die als echte erziehungs- und bildungsinstitution bezeichnet werden koennen. vom ausbau dieser einrichtung versprechen sich die sozialisten eine weitere vergroesserung der chancengleichheit. wien sei auch legistisch neue wege gegangen. kein anderes bundesland habe bisher eine gesetzliche regelung des kindergartenwesens. in wien gebe es derzeit 245 staedtische kindertagesheime mit 28.152 plaetzen, im kommenden jahr werden fuenf weitere kindertagesheime und ein dritter sonderkindergarten eingerichtet werden. es konnte bereits erreicht werden, dass allen fuenfjaehrigen kindern ein kindergartenplatz zur verfuegung steht. waehrend der bundesdurchschnitt bei der versorgung mit kindertagesheimplaetzen 48 prozent betrage, liege der versorgungsgrad in wien bei 85 prozent fuer die altersklasse der fuenfjaehrigen. die kindertagesheime seien ueberdies ganztaegig geoeffnet, eine regelung, fuer die zum beispiel in innsbruck eine initiative junger muetter erst in letzter zeit eingetreten sei. (and)

pflegemuetter statt heimerziehung, forderte gr. dr. marilies f l e m m i n g (oevp). die budgetzahlen zeigen aber leider, dass man nicht daran denke, im kommenden jahr diese entwicklung voranzutreiben. sie sehe mit grossen erwartungen der enquete im jahr 1978 entgegen. allerdings habe es schon 1971 eine enquete ueber heimerziehung gegeben, ohne dass es seither zu grundlegenden reformen gekommen sei. zwar gab es bemuehungen, die heimerziehung zu verbessern. ein prinzipielles umdenken muesste jedoch ein abgehen von

./.

der heimerziehung an sich bedeuten. dr. flemming erhob die forderung nach anerkennung der pflegemutterschaft als beruf mit fixem angestelltenverhaeltnis. der einwand, das pflegegeld solle nicht anreiz dazu sein, ein kind zu nehmen, sei falsch: auch kindergaertnerinnen, kinderdorfmuetter, tagesmuetter etc. werden bezahlt. dr. flemming vertrat auch die forderung nach stufenweiser anhebung der bezugszeit von karenzgeld auf drei jahre, da die emotionale zuwendung einer person in den ersten lebensjahren besonders wichtig sei. (ger)
(forts)
1723

gemeinderat (12):
debatte ''kultur, jugend und bildung'' (forts)

20 wien, 12.12. (rk) in den letzten fuenf jahren sind 150 millionen s aus dem kulturschilling fuer die altstadterhaltung ausgegeben worden, stellte gr. w i n d h a b (spoe) fest. waehrend zwischen 1965 und 1972 insgesamt 222 objekte mit 9,36 millionen gefoerdert wurden, waren es in den letzten fuenf jahren 513 objekte mit 150 millionen. die bekanntesten projekte sind die restaurierung des alten rathauses,der objekte in der schoenlaterngasse, der hermesvilla und im letzten jahr die sanierung der stadtbahnstationen von otto wagner und die revitalisierung des spittelbergs. regelmaessig erhalten auch die religionsgemeinschaften beitraege, um ihre objekte instandzuhalten. besondere unterstuetzung erhielt die altstadterhaltung durch inkrafttreten der altstadterhaltungsnovelle, die die schaffung von schutzzonen ermoeglicht und abbrueche von sanierungswuerdigen haeusern verhindert.

50 millionen beziehungsweise 25 prozent aus den mitteln der altstadterhaltung sind fuer anderweitige foerderungszwecke verwendet worden: dem kuenstlerhaus wurden in mehreren etappen insgesamt vier millionen zur verfuegung gestellt, der verein der freunde der hermesvilla wurde mit 1,3 millionen gefoerdert, die alte schmiede mit 2,8 millionen, die kammerspiele mit 1,8 millionen und 400.000 schilling erhielt das forschungsunternehmen ringstrasse.

einer der obersten grundsaetze der spoe sei es, kultur und bildung nicht nur einem kleinen kreis, sondern der gesamten bevoelkerung zugaenglich zu machen. die mittel, die aus dem kulturschilling fuer foerderungszwecke verschiedener buehnen und von forschungsunternehmen verwendet wurden, haetten fuer die altstadterhaltung gar nicht mehr

eingesetzt werden koennen, da laut bundesdenkmalamt die kapazitaet der fachleute, die eine sachgemaesse restaurierung durchfuehren koennen, voll ausgeschoepft ist.

ebenfalls aus dem kulturschilling erhielten die staedtischen buechereien eine million fuer den ankauf von jugendbuechern, 4,5 millionen kostete die maulbertsch-ausstellung, fuer die ausstellung ''neue sachlichkeit und realismus'' wurden 3,5 millionen ausgegeben.

die foerderung von klein- und mittelbuehnen unterstuetzt einerseits die moeglichkeit des experiments, andererseits sind die kleinbuehnen ein forum junger schauspieler. bedeutende saenger, wie walter berry oder waldemar kmentt sind beispielsweise aus der kammeroper hervorgegangen. fuer diese kleinbuehnen sind im budget 1978 157 millionen vorgesehen. fuer die wiener festwochen, die bereits einen nicht mehr wegzudenkenden bestand in der wiener kulturszene darstellen, sind 22,5 millionen vorgesehen. die festwochen werden 1978 unter dem motto ''vom biedermeier bis zur revolution'' stehen und besonders die musik franz schuberts hervorheben. die musiklehranstalten werden mit 68 millionen gefoerdert, die modeschule hetzendorf mit 15 millionen.

zur freien buehne wieden - ''der opposition liebstes kind'' - stellte gr. windhab fest, dass die foerderungen der stadt wien nicht an topsy kueppers, sondern an den verein ''freie buehne'' erfolgt waeren, und zwar zu einem zeitpunkt, zu dem man das programm von topsy kueppers noch nicht kannte. die gegenwaertige entwicklung sei unabsehbar gewesen, doch werde es die spoe weiterhin ablehnen, sich zum kunstrichter aufzuspielen.

die fremdenverkehrsstatistik 1976/77 habe mit 4,27 millionen naechtigungen einen absoluten rekord im fremdenverkehr gebracht. besonders positiv fuer wien sei daher, dass zwei drittel aller gaeste und drei viertel aller deutschen gaeste wien bereits ein weiteres mal besucht haben.

das kulturamt der stadt wien werde auch 1978 gemeinsam mit der wirtschaft alles daransetzen, um den fremdenverkehr mit seiner voelkerverbindenden funktion zu foerdern und den gaesten auch weiterhin einen positiven eindruck vom kulturellen angebot der stadt wien zu vermitteln. (ba) (forts)
1803

gemeinderat (13):
debatte ''kultur, jugend und bildung'' (forts)

21 wien, 12.12. (rk) die wertvorstellungen der heutigen jugend werden von vielen widerspruechlichkeiten gepraegt, erklaerte gr. p r o c h a s k a (oevp) und wies darauf hin, dass unpolitisches verhalten beziehungsweise totale ablehnung der gesellschaftsformen ein gefaehrliches ausmass erreicht haben. nach einer umfrage betrachten sich 74 prozent der jugend als voellig machtlos gegenueber der politischen einflussnahme, 53 prozent sehen keine echte kontrollmoeglichkeit der politischen verhaeltnisse und 42 prozent glauben, als anstaendiger mensch in der politik wenig chancen zu haben.

fuer derartige apathie beziehungsweise unpolitisches verhalten kann nicht nur die stadtplanung verantwortlich gemacht werden. es fehlt eine vorausschauende konzeptgestaltung der freizeitbeduerfnisse, die motivation fuer aktivitaeten und kreativitaeten. grundsaetzlich werden zwar den gemeindeeigenen jugendaktivitaeten, aber nicht den anderen jugendorganisationen genuegend mittel zur verfuegung gestellt. die tatsachen zeigen jedoch, dass gerade jene aktivitaeten des landesjugendreferates besonderen anklang finden, bei denen jugendorganisationen mittun. das wird aber negiert. in den gemeindeamtlichen jugendzentren gibt es zu wenig geschulte jugendleiter.

misstrauen ist auch gegenueber der neuschoepfung des buergermeisters, einem forum wiener jugendfoerderung, angebracht, das bisher eher einer plauderrunde gleicht. sensationell klingt zwar die ankuendigung eines initiativ-bueros, das aber von der konstruktion her nicht ausreichend ist. aufgaben und ziele erscheinen viel zu vage. man hat den eindruck eines scheingremiums und nicht einer demokratischen einrichtung. dringend ist ein umdenken in der jugendarbeit. die wiener jugend ist dazu bereit, an einem neuen konzept mitzuarbeiten. (smo) (forts)
1816

k o m m u n a l :

gemeinderat (14):
debatte ''kultur, jugend und bildung'' (forts)

22 wien, 12.12. (rk) fuer eine vermehrung der berufsschultage von derzeit einem tag auf zwei sprach sich gr. g a w l i k (spoe) aus. dadurch koennte die lehrlingsausbildung attraktiver gestaltet, mehr allgemeinbildung geboten und ein leichterer uebertritt in eine hoehere technische lehranstalt moeglich werden.

der oevp warf gawlik elitaeres denken in schulfragen vor. dies fuehrt dazu, dass in fragen der gesamtschule und der ganztagsschule vom klassenkampf gesprochen wird, wo es doch um einen weg zur chancengleichheit geht. einrichtungen, die es fuer ein paar wenige schon immer gegeben hat, internate und halbinternate, sollen nach ansicht der oevp der breiten masse verwehrt werden. die ganztagsschule ist nicht familienfeindlich. denn erst dadurch, dass in der schule gelernt und geuebt wird, kann die gemeinsame freizeit mit den eltern sinnvoll verbracht werden.

die privatschulen, so auch die konfessionellen, haben seit 1945 noch nie soviel erhalten, wie unter der sozialistischen bundesregierung. der spoe kulturkampf und religionsfeindlichkeit vorzuwerfen, entspricht einfach nicht den tatsachen. (sei) (forts)
1849

gemeinderat (15):
debatte ''kultur, jugend und bildung'' (forts)

23 wien, 12.12. (rk) ''der gemeinderatsausschuss kultur, jugend und bildung zeichnete sich immer durch zusammenarbeit aus'', erklaerte gr. b i t t n e r , oevp, trotzdem gebe es aber auch differente auffassungen.

der anteil des bundes an den kosten der symphoniker beziehungsweise der festwochen sei auf 16 beziehungsweise 20 prozent zurueckgegangen. bittner forderte, der bund solle an seine verpflichtungen wien gegenueber erinnert werden.

./.

zum kulturschilling bemerkte der redner, seine partei habe nie eine zweckwidrige verwendung behauptet. doch muesse jeder einzelne schilling aus dem ''kulturschilling'' fuer die altstadterhaltung verwendet werden.

in wien gebe es einen mangel an zeitgemaessen jugendherbergen. die uebernachtungen seien in den jahren 1972 bis 1976 um 30 prozent zurueckgegangen. bis 1982 sei kein neubau einer jugendherberge geplant. er stellte daher namens seiner partei den a n t r a g , die vorarbeiten fuer den neubau einer jugendherberge beziehungsweise eines jugendgaestehauses in wien moegen 1978 soweit abgeschlossen werden, dass 1979 mit dem neubau begonnen werden kann. die entsprechenden budgetmittel waeren im haushaltsplan 1979 vorzusehen.

zu den laufenden schulversuchen fuehrte bittner aus, es sei noch nicht die letzte entscheidung getroffen. eine studie aus hessen spreche sich jedoch gegen die aufloesung des klassenverbandes aus. die ganztagsschule bringe ausserdem zahlreiche probleme. unter anderem meinte bittner, dass zum beispiel hallenbaeder und sportplaetze leer wuerden.

unter hinweis auf die subvention fuer die ''freie buehne wieden'' (topsy kueppers) sagte bittner, ''jeder kann sagen und schreiben, was er will, aber es ist etwas anderes, wenn die oeffentliche hand dafuer zahlt.''

vehement sprach sich der redner gegen eine demontage der demokratie, aber auch der institution der familie aus. ''die verteidigung der demokratie ist ein anliegen, das wir gemeinsam zu loesen haben'', schloss bittner. (and) (forts)
1923

gemeinderat (16):
debatte ''kultur, jugend und bildung'' (schluss)

24 wien, 12.12. (rk) das interesse an bildungs- und schulpolitik ist staendig im steigen, erklaerte vizebuergermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r (spoe). dies erfuelle sie mit genugtuung. auf dem bildungssektor seien verstaerkte anstrengungen notwendig, um die anforderungen der zukunft bewaeltigen zu koennen. demokratie sei nicht selbstverstaendlich, die anfaelligkeit fuer

./.

gedankengut, das die grundwerte der demokratie in frage stelle, erfuelle mit besorgnis. starre bildungsprinzipien, kritiklosigkeit und gleichgueltigkeit fuehren zu einer erhoehten anfaelligkeit fuer solches gedankengut. die verharmlosung der derzeitigen hitler-welle bezeichnete froehlich-sandner als ein beispiel fuer solche kritiklosigkeit und gleichgueltigkeit.

neben der familie komme der schule entscheidende bedeutung fuer die erziehung zu. die schule soll integrierender bestandteil des demokratischen gemeinwesens sein, nicht ort einer elitaeren auslese. die schule muesse der sozialen integration dienen. die sozialisten treten fuer alle schulversuche ein, die bessere bildungsmoeglichkeiten zum ziel haben. auch die gesamtschule fuer die sechs- bis zehnjaehrigen sei urspruenglich nicht unumstritten gewesen. heute ist sie allgemein akzeptiert. fuer kinder ab dem zehnten lebensjahr stoesst sie aber auf ablehnung. da soll ploetzlich das auslese- an die stelle des foerderungsprinzips treten. soziale kontakte, foerderung und chancengleichheit duerfen aber weder von der herkunft noch vom alter abhaengig sein. nicht nivellierung sei das ziel, sondern ein hoechstmass an menschenwuerde. von diesem ziel aber duerfe niemand ausgeschlossen werden. das bemuehen gelte jedem einzelnen kind.

die kinder besitzen eine maechtige interessenvertretung: die sozialisten und besonders die kinderfreunde. die behauptung, dass es in wien ''vergessene kinder'' gebe, sei eine diskriminierung der leistungen nicht nur der stadtverwaltung, sondern auch vieler privater organisationen.

natuerlich haben sich die familienstrukturen im lauf der zeit geaendert. diesen veraenderungen muss rechnung getragen werden. besonders fuer berufstaetige muetter seien massnahmen wichtig, massnahmen - hilfe und beratung -, die auch gesetzt werden. manche muetter koennen den karenzurlaub nicht in anspruch nehmen oder haben nach dessen ablauf niemanden, der auf die kinder aufpassen kann. deshalb wurden saeuglingstagesheime und kleinkindertagesheime geschaffen. in wien gebe es mehr als 3.600 plaetze, in tirol und vorarlberg zum beispiel gar keine, in niederoesterreich nicht einmal zweihundert. froehlich-sandner wandte sich gegen gefaehrliche, weil oberflaechliche und pauschale feststellungen, dass ein grossteil der kinder in wien an neurotischen stoerungen leide.

solange prof. baumgartner intendant der wiener festwochen gewesen sei, sei er staendigen angriffen der oevp ausgesetzt gewesen.

o/.

nun gelte der totale angriff dem neuen intendanten. froehlich-sandner forderte, dem neuen intendanten die moeglichkeit zum arbeiten zu geben und ihn dann zu beurteilen.

ein zunehmendes interesse an der kulturpolitik, besonders an der kunstfoerderung sei zu verzeichnen. privates maezenatentum sei von dem jeweiligen maezen gepraegt gewesen. die oeffentliche foerderung muesse auf einseitige bevorzugungen verzichten. die foerderung sowohl des tradierten als auch des zeitgenoessischen experiments sei notwendig. natuerlich gebe es dabei immer auch misserfolge, die aber von tausenden erfolgen weit uebertroffen werden.

die ermoeglichung eines zugangs zur kunst und die foerderung des kunstverstaendnisses seien eine wichtige aufgabe. das budget des kommenden jahres gibt weiterhin die gewaehr, bessere moeglichkeiten zu finden, impulse zu geben, erreichtes zu erweitern und auszubauen. kultur-, bildungs- und sozialpolitik sei fuer sie - erklaerte froehlich-sandner abschliessend - immer reformpolitik zur veraenderung der gesellschaft zu mehr bildung, mehr gerechtigkeit, mehr chancen und mehr menschlichkeit fuer alle. (ger)

''wenn vizebuergermeisterin gertrude froehlich-sandner behauptet, dass es in wien viel mehr plaetze fuer die kinder als in den bundeslaendern gebe, so uebersehe die kulturstadtraetin die andersgeartete struktur in den bundeslaendern, wo viele kinder in den nachbarsfamilien untergebracht werden koennen", stellte gr. marilies f l e m m i n g (oevp) fest. die oevp habe ausserdem in ihrem taus-plan ein zweites und drittes karenzjahr fuer die muetter verlangt. krabbelstuben gehoeren nach meinung der oevp in kleinen familienaehnlichen gruppen gefuehrt und nicht in heimen. froehlich-sandner sei wahrscheinlich noch nie persoenlich im mutter-kind-heim gewesen. (ba)

zu einer richtigstellung meldete sich abschliessend nochmals vbgm. gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r zu wort: sie war in dem mutter-und-kind-heim und umstrukturierungen sind veranlasst worden. die behauptungen der oevp-rednerin sind wieder einmal auf informationsmangel zurueckzufuehren.

unterbrechung der sitzung, die morgen, dienstag, mit der beratung der kapitel ''stadtplanung'', ''gesundheit und soziales'' sowie ''staedtische dienstleistungen und konsumentenschutz'' fortgesetzt wird. beginn um 9 uhr. (smo) (schluss)

(ende des sitzungsberichts)

k o m m u n a l :

''wien international'' mit neuem praesidium

14 wien, 12.12. (rk) nach einer erfolgten statutenaenderung wurde montag der amtsfuehrende stadtrat heinz n i t t e l zum neuen praesidenten der vereinigung wien international gewaehlt. seine stellvertreter sind amtsfuehrender stadtrat peter s c h i e d e r und stadtrat walter l e h n e r . vorsitzender des vorstandes ist wie bisher landtagsabgeordneter leopold w i e s i n g e r , geschaeftsfuehrer robert r a u s c h e r . (ab)
1513